



## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) für die Universität Basel

vom: 31. August 2010

zur Vorlage Nr.: [2010-195](#)

Titel: **Universität Basel; Leistungsbericht für die Jahre 2007 – 2009 sowie Jahresabschluss und Geschäftsbericht 2009 (Partnerschaftliches Geschäft)**

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



## Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) für die Universität Basel an den Landrat

betreffend Universität Basel; Leistungsbericht für die Jahre 2007 – 2009 sowie Jahresabschluss und Geschäftsbericht 2009 (Partnerschaftliches Geschäft)

Vom 31. August 2010

### I. Zusammensetzung der Kommission

BL

Marc Joset, SP; Präsident

Rita Bachmann, CVP

Thomas de Courten, SVP

Bea Fuchs, SP

Isaac Reber, Grüne

Georges Thüring, SVP

Judith Van der Merwe-Nussbaum, FDP

BS

Oskar Herzig, SVP; Vizepräsident

Patrick Hafner, SVP

Martin Lüchinger, SP

Ernst Mutschler, FDP

Franziska Reinhard, SP

Greta Schindler, SP

Dieter Werthemann, GLP

### II. Auftrag der IGPK

Die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission als Organ der gemeinsamen Oberaufsicht der Parlamente der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft hat gemäss § 20 des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel den Vollzug des Staatsvertrags zu überprüfen und darüber zu berichten. Insbesondere hat sie die Berichterstattung des Universitätsrates zum Leistungsauftrag zu prüfen und den Geschäftsbericht und den Revisionsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

### III. Ausgangslage

Mit dem Leistungsbericht für die Jahre 2007 bis 2009 der Universität liegt nun ein Gesamtüberblick über die erste Leistungsperiode vor.

Die Universität hat den Bildungsdepartementen diesen Bericht am 22. April 2010 zugestellt, von den Regierungen wurde er an der Sitzung vom 11. Mai 2010 zusammen mit dem Jahresabschluss und Geschäftsbericht zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig mit dem Bericht zum Leistungs-

auftrag übermitteln die Regierungen den Parlamenten den Jahresbericht 2009 sowie die ausführliche Jahresrechnung zur Kenntnis.

Die Regierungen der beiden Kantone gelangen zu einer gesamthaft positiven Beurteilung der erbrachten Leistungen der Universität und beantragen dem Landrat, bzw. dem Grossen Rat, den Bericht zum Leistungsauftrag der Universität Basel gemäss § 19 des Staatsvertrags zur Kenntnis zu nehmen.

### IV. Beratungen der IGPK

Die IGPK hat in zwei Sitzungen, am 30. April und 14. Juni 2009, den Leistungsbericht und den Jahresbericht der Universität beraten.

An der Sitzung vom 14. Juni nahmen teil:

Die Regierungsräte Christoph Eymann und Urs Wüthrich Ulrich Vischer, Präsident des Universitätsrates Antonio Loprieno, Rektor der Universität Hanspeter Meister, Verwaltungsdirektor der Universität Beat Münch, Adjunkt des Rektors Joakim Rüegger, Sekretär des Universitätsrats, ED BS

Vorgängig fand das Universitätshearing statt, an dem die IGPK-Mitglieder und auch einige Grossräte und Landräte aus den jeweiligen Finanz-, Gesundheits- und Bildungskommissionen teilnahmen.

### V. Detailberatung

#### 1. Portfolio

Die Umsetzung der Portfolioentscheide des Universitätsrates vom 6. April 2004 wurde mit der Verabschiedung der Strategie 2007 abgeschlossen. Der IGPK wurde auf Anfrage der entsprechende Abschlussbericht des Universitätsrates zugestellt.

Darin wird festgehalten, dass die Zielsetzungen zu einem grossen Teil erfüllt worden seien. In der Phi-

losophisch-Historischen und in der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät wurden die Auflagen zur Kostensenkung und die Ausbaumassnahmen in den unterdotierten Fachbereichen umgesetzt, sowie auch zukunftsorientierte Restrukturierungen etabliert.

Als Beispiele seien genannt:

- Schaffung des Departements Umweltwissenschaften
- Departementalisierung der Philosophisch-Historischen Fakultät
- Etablierung der Religionswissenschaft als neuem Fachbereich
- Auslagerung des Unterrichts in modernen Sprachen an das Sprachenzentrum der Universität
- Schliessung des Astronomischen Instituts
- Aufhebung der Erdwissenschaften (allerdings erst mit den entsprechenden Emeritierungen möglich)

## 2. Qualität

Auf der Basis der Qualitätssicherungs-Richtlinien der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) wurden alle Schweizer Universitäten im Jahr 2008 einem Quality Audit unterzogen. Für die Universität Basel resultierte eine deutlich verbesserte Beurteilung im Vergleich zur Probeakkreditierung vom Januar 2004. Das laufende Projekt Qualitätsentwicklung ist nun inhaltlich und zeitlich auf die im Jahr 2012 stattfindende Akkreditierung ausgelegt. Der Gesamtprozess wird im Auftrag des Rektorats von einem Steuerungsausschuss geleitet, in dem alle Fakultäten vertreten sind. Die Amtszeit des zuständigen Vizerektors Entwicklung wurde u.a. aus Rücksicht auf den Akkreditierungstermin 2012 um zwei Jahre verlängert (bis 2013).

## 3. Bundesbeiträge

Auf die Frage aus der IGPK, ob die Universität Basel in Bern "zu kurz komme", wird zwar bestätigt, dass die Universität Basel geographisch randständig ist und in keine der lokalen schweizerischen Universitätsverbände (Benefri, Arc Lémanique) eingebunden ist. Die Universität ist aber trotzdem keineswegs der Ansicht, dass sie "in Bern regelmässig zu kurz kommt". Die Leistungen der Uni Basel würden nicht nur regional, sondern national wahrgenommen und honoriert. Die Bundesbeiträge an die Universität seien – auch aufgrund entsprechender Massnahmen seitens der Universität – in den letzten Jahren überdurchschnittlich angestiegen. So ist z.B. keine schweizerische Universität erfolgreicher als die Universität Basel bei der Einwerbung der vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) vergebenen Förderungsprofessuren, und auch bei den Projekt-Drittmitteln des SNF stehe die Universität Basel auf einem Spitzenplatz.

Das politische Lobbying (u.a. parlamentarische Vorstösse) für genügende und ungekürzt auszahlabare Bundesgelder an die kantonalen Universitäten in der anstehenden Förderperiode ist im Gang.

## 4. Bologna

Die IGPK befragte die Universität über die vorläufige Bologna-Bilanz. Es müsse tatsächlich heute festgestellt werden, dass sich mit Bologna die Voraussetzungen zur Mobilität noch nicht verbessert haben. Die Universitäten sind

mit der Herausforderung der Umsetzung der Bologna-Richtlinien unterschiedlich umgegangen. Diese Problematik ist erkannt, sie wird zurzeit in den nationalen Gremien thematisiert und kann nur durch koordinierte Prozesse gelöst werden, die eine gewisse Zeit beanspruchen werden.

Gewisse Korrekturen (z.B. gegen "Verschulung") können nicht auf Ebene Rektorat vorgenommen werden. Die Gestaltung der einzelnen Studiengänge muss durch Zusammenarbeit von Professoren und Dozierenden in den Prüfungskommissionen vorgenommen werden. Nach Ansicht des Rektors ist der Prozess auf gutem Weg.

## 5. Kooperationen (Uni Zürich, FHNW)

In der IGPK wird der Wunsch geäussert, die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen mittels Indikatoren zu messen. Die Verantwortlichen geben zu bedenken, dass das Verhältnis der Schweizer Universitäten untereinander stärker durch Konkurrenz als durch den Kooperationsgedanken geprägt sei. Kooperationen können dort etabliert werden, wo sie im Einverständnis mit den verantwortlichen akademischen Einheiten realisiert werden. Die Erfahrung zeige, dass von oben verordnete Zusammenarbeit nicht zu guten Ergebnissen führt.

Die Berührungspunkte mit der FHNW sind mannigfaltig, was sich in einer Vielzahl von punktuellen Zusammenarbeiten manifestiert, die ausschliesslich dezentral entstehen und verantwortet werden.

Es sei zudem zu bezweifeln, dass der Nutzen von gut funktionierenden Kooperationen über den bereits existierenden Indikator hinaus besser mess- resp. bezifferbar sei.

## 6. Nationalfonds

Auf Nachfragen der IGPK betreffend Vergabe von Nationalfonds-Projekten wurde präzisiert, dass die Universität Basel ausschliesslich bezüglich der Position «Leading House» leer ausgegangen ist. Angesichts vieler Basler Partnerprojekte in praktisch allen bewilligten Projekten hält sich der Nachteil in Grenzen. Finanziell bedeutet der Misserfolg bei der letzten Vergabe eher eine Entlastung für das Budget der Universität. Die eingesparten Mittel werden teilweise für die Vorbereitung der nächsten Projekteingabe eingesetzt und zum andern den Basler Partnerprojekten zur Verfügung gestellt. Insgesamt ist die Universität Basel bei der Einwerbung von Forschungsprojekten eine vergleichsweise erfolgreiche Universität.

## 7. Betreuungsverhältnisse

Im Zusammenhang mit der Beratung des Leistungsauftrags 2010 bis 2013 war von den Bildungskommissionen beider Parlamente gewünscht worden, zu den Betreuungsverhältnissen verbindliche und indikatorengestützte Auskünfte zu erhalten. Diesem Wunsch ist die Universität nachgekommen, indem sie zuerst einen solchen Indikator entwickelt hat und bereits erste Schlussfolgerungen dazu vorlegen kann.

In der IGPK-Beratung wurde von Seiten Universität dazu ergänzend festgehalten, dass die Ermittlung der differenzierten Betreuungsverhältnisse, d.h. unter Einbezug aller mit der Lehre befassten Personalkategorien, ein aufwän-

diges Projekt sei, das jährlich weitergeführt werden soll. Es gibt für diese Daten keine Vergleichszahlen mit anderen Schweizer Universitäten, weil bis heute anderswo die einfache – aber nicht sehr aussagekräftige – Relation «Professur pro Anzahl Studierende» verwendet wird. Für die Studierenden sei bezüglich Betreuungsverhältnisse nicht die Zahl der Professuren signifikant, sondern die Anzahl der tatsächlich in Lehre und Betreuung eingesetzten Leute – und das ist eher der Mittelbau. Die Universität Basel bekennt sich in ihrer Strategie 2007 zu einer Stärkung des Mittelbaus im Vergleich zur Anzahl der Professuren. Insbesondere die Phil.-Hist. Fakultät hat ab Budget 2010 mehr Mittel zur Verfügung zum Ausbau von Assistierendenstellen. Mit der Schaffung der neuen Kategorie der «Universitäts-Dozierenden» erfolgt eine spezifisch der Lehre zugute kommende Entlastung der ProfessorInnen. Diese Massnahmen dienen der akademischen Nachwuchsförderung und beeinflussen gleichzeitig die Betreuungsverhältnisse.

Namens der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel

Der Präsident:  
Marc Joset

Der Vizepräsident:  
Oskar Herzig

**Beilage:** Entwurf Landratsbeschluss

## 8. Ausländische Studierende

Die IGPK beschäftigt sich mit der Frage, ob allenfalls ein Numerus Clausus für ausländische Studierende sinnvoll wäre. Aufgrund der demographischen Werte hat sich das Wachstum der Zahl der Schweizer Studierenden verringert. Der Anteil der ausländischen Studierenden hat in den letzten Jahren leicht zugenommen auf heute 21.4%. Davon sind rund 90% europäischer Herkunft und von diesen stammen 75% aus Deutschland. Für diese ausländischen Studierenden erhält die Universität die Grundbeiträge des Bundes, darüber hinaus sind sie aber im Vergleich zu schweizerischen Studierenden klar unterfinanziert. Zulassungsbeschränkungen für ausländische Studierende wären nur durch national koordinierte Massnahmen und im Dialog mit den politischen Instanzen denkbar.

## 9. Anlageverwaltung

Die IGPK befragte die Verantwortlichen der Universität über die Anlagepolitik. Das Anlagereglement wurde der Kommission vorgelegt. Der Universitätsrat hat eine eigene Anlagekommission eingerichtet, indem Finanzspezialisten die Anlage des universitären Vermögens verantworten. Die Anlagekommission berichtet dem Universitätsrat jährlich. Angelegt werden die zweckbestimmten Fonds-Mittel aus Stiftungen und Nationalfonds. Die Anlagepolitik ist generell eher defensiv, wird aber je nach Marktlage in verschiedene Anlagekategorien differenziert. Im Jahr 2009 lag die Rendite bei rund 7.6 %.

## VI. Antrag

Die IGPK beantragt dem Grossen Rat und dem Landrat mit 11:0 Stimmen einstimmig die Annahme des nachstehenden Beschlussentwurfes.

Binningen, den 31. August 2010

**Landratsbeschluss**

**betreffend Universität Basel; Leistungsbericht für die Jahre 2007 - 2009 sowie Jahresabschluss und Geschäftsbericht 2009 (Partnerschaftliches Geschäft)**

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

Der Leistungsbericht für die Jahre 2007 - 2009 der Universität Basel wird gemäss § 19 Bst. b des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität (Universitätsvertrag) vom 27. Juni 2006 zur Kenntnis genommen.

Liestal:

Im Namen des Landrates

Die Präsidentin:

Der Landschreiber: